

Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Westfalen 1918/19¹

Wilfried Reininghaus

Anfang 1919 bestanden in der preußischen Provinz Westfalen insgesamt 1 326 Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte². Hätte man ein Jahr später wiederum die Zahl der Räte ermitteln wollen, wären wahrscheinlich keine zehn benannt worden. Allein schon die Tatsache, dass die Räte gar nicht mehr gezählt wurden, belegt das gesunkene Interesse der Behörden an ihnen. Waren sie innerhalb eines Jahres tatsächlich völlig aus der Politik verschwunden? Waren sie, wie ältere ortsgeschichtliche Forschungen, aber auch ein renommierter Wirtschafts- und Sozialhistoriker wie Gerald Feldman vermuteten, nur eine Episode in der deutschen und westfälischen Geschichte?³ Ich werde die Fragen am Ende beantworten, nachdem ich für die verschiedenen Formen der Räte die Genese im Spätherbst 1918 und dann die Gründe für ihr allmähliches Verschwinden im Laufe des Jahres 1919 aufgezeigt habe.

Zunächst ist aber die Frage zu klären, wie die präzisen Zahlen ermittelt wurden. Denn die Provinz Westfalen verfügt über kein „Revolutionsarchiv“ wie das ehemalige Königreich Württemberg oder eine solch dichte Überlieferung wie Baden, wo aus den erhaltenen Unterlagen eine Kollektivbiographie der Arbeiterräte möglich wurde⁴. Mit ein wenig Neid habe ich deshalb bei den Arbeiten an meiner Dokumentation zu den Räten in Westfalen auf Baden und Württemberg geschaut, wo die Quellenlage erheblich besser ist. Die Zahlen für Westfalen mussten aus den Akten der regionalen und lokalen Behörden sowie aus weiteren Quellen, vor allem aus Zeitungen, gewonnen werden. Von zentraler Bedeutung war eine Erhebung, die die drei Regierungspräsidenten der Provinz zwischen Mitte Dezember 1918 und Mitte Januar 1919 durchführten⁵. Abschriften liegen für zwei Regierungsbe-

¹ Der Beitrag stützt sich auf: Wilfried REININGHAUS, *Die Revolution 1918/19 in Westfalen und Lippe als Forschungsproblem. Quellen und offene Fragen. Mit einer Dokumentation zu den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten*, Münster 2016; auf Einzelbelege wurde verzichtet. Die Vortragsform wurde beibehalten.

² Ebd., S. 381 f.

³ Gerald FELDMAN, *Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme der deutschen Demobilisierung 1918/19*, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hg. von Hans MOMMSEN/Dietmar PETZINA/Bernd WEISBROD, Kronberg 1977, Bd. 2, S. 618–636, 619 („eine episodenhafte Bedeutung“).

⁴ Eberhard KOLB/Klaus SCHÖNHOFEN (Bearb.), *Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19*, Düsseldorf 1976; Peter BRANDT/Reinhard RÜRUP (Bearb.), *Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19*, Düsseldorf 1980; DIES., *Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution*, Sigmaringen 1991.

⁵ REININGHAUS (wie Anm. 1), S. 163 f.

zirke, Arnsberg und Minden, vor. Die Erhebung aus dem dritten Regierungsbezirk Münster fehlt; dort konnten die Zahlen aus den Akten der Landratsämter rekonstruiert werden. Die Bauern- und Landarbeiterräte wurden im Auftrag des Reichsernährungsamtes im Januar 1919 separat erfasst; aus dieser Zählung liegen kumulierte Werte vor, die zum Teil von der Zählung der Regierungspräsidenten abweichen⁶. Der Vollständigkeit halber soll eine dritte Zählaktion genannt werden. Sie wurde im Frühjahr 1919 vom Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik initiiert, dessen Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam liegt. Die Westfalen betreffenden Unterlagen sind bis auf wenige Ausnahmen verloren.

Verteilung und Dichte der Räte in Westfalen nach Regierungsbezirken

Regierungs- bezirke	Arbeiter- und/oder Soldatenrä- te	Gemischte Räte*	Bauern- und Landarbei- terräte	Gesamt (Anteil an allen westfäli- schen Räten in %)	Räte pro 1 000 Einwohner
Arnsberg (2,314 Mio. Einwohner)	190	58	341	589 (44,4 %)	0,25
Minden (0,757 Mio. Einwohner)	53	123	338	514 (38,8 %)	0,67
Münster (1,141 Mio. Einwohner)	65	28	130	223 (16,8 %)	0,29
Provinz Westfalen gesamt	308	209	809	1326	0,30
Anteil der Räteform an allen Räten (in %)	23,2	15,8	61,0		

* Gemischte Räte: Volksräte; erweiterte Arbeiter- und Soldatenräte; Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte.

Quellen: REININGHAUS (wie Anm. 1), S. 381 f.; Stephanie REEKERS/Johanna SCHULZ, Die Bevölkerung in den Gemeinden Westfalens 1818–1950, Dortmund 1952, S. 1–6.

Da für 1918/19 keine genauen Zahlen vorliegen, wurde ein Mittelwert aus den Volkszählungen von 1905 und 1925 verwendet.

⁶ Werner ABELSHAUSER/Ralf HIMMELMANN (Hgg.), *Revolution in Rheinland und Westfalen. Quellen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik 1918–1923*, Essen 1988, S. 33; dazu REININGHAUS (wie Anm. 1), S. 164.

Wenn wir uns die Räte-Zählungen anschauen, erkennen wir sofort erhebliche Differenzen innerhalb Westfalens und zwischen den verschiedenen Formen der Räte. Zunächst zur regionalen Verteilung: Im Regierungsbezirk Münster gab es absolut und relativ (in Bezug auf die Bevölkerungszahlen) die wenigsten Räte. Auf 1 000 Einwohner kamen 0,29 Räte. Der Regierungsbezirk Arnsberg (mit dem östlichen Ruhrgebiet) lag zwar mit 341 Räten in absoluten Zahlen vor Minden, doch die Dichte der Räte war, bezogen auf die Einwohnerzahlen in Ostwestfalen (0,67 Räte auf 1 000 Einwohner), deutlich höher. Es überrascht der hohe Anteil der über 800 Bauern- und Landarbeiterräte, die bei Untersuchungen zur Revolution 1918/19 bisher häufig vergessen wurden. Mehr als 60 % aller Räte entfielen auf sie, wobei ihr Anteil an den gemischten Räten noch hinzuzurechnen ist. Diese Form des Rätetypus ging über die Arbeiter- und/oder Soldatenräte hinaus und bedarf noch genauerer Untersuchung. Ich will aber die statistische Betrachtung nicht überstrapazieren, sondern die Entwicklung der einzelnen Räteformen seit dem 8. November 1918 betrachten.

Die Soldatenräte

Bei den Soldatenräten⁷ ist zwischen denjenigen an den militärischen Standorten des Heimatheers und denen des Feldheers zu unterscheiden. Die Räte des Feldheers waren spontan bei Kriegsende noch an der Front entstanden. Wegen des Rückzugs von der Westfront quer durch Rheinland und Westfalen konnten sie regionale Bedeutung gewinnen. Ihr politisches Spektrum war groß. Es lassen sich pathetische Aufrufe zur revolutionären Neuordnung Deutschlands ebenso nachweisen wie kontrarevolutionäre Putsche gegen Arbeiterräte wie in Wanne-Eickel Ende November 1918. Vielfach boten die roten bzw. schwarz-weiß-roten Fahnen Anlass zum Streit. In der Mehrzahl der Fälle waren die Soldatenräte des Feldheers eher konservativ eingestellt.

Unter den lokal agierenden Räten gab es vier unterschiedliche Typen. Der bekannteste und am besten erforschte erste Typ sind die spontan, am 8., 9. oder 10. November gegründeten Soldatenräte nach Kieler Vorbild. Ob tatsächlich Kieler oder Wilhelmshavener Emissäre in einer Stadt auftauchten, ist im Regelfall kaum nachzuweisen. In den Ruhrgebietsstädten waren es wahrscheinlich Soldaten aus Köln, die im Laufe des 8. November mit der Eisenbahn ostwärts fuhren und die Revolution lokal vorantrieben. In jedem Fall entstanden sie früher als die Arbeiterräte, die sich erst Stunden oder Tage später konstituierten. Abseits der Hauptverkehrsstrecken entstanden zweitens zeitlich versetzt Soldatenräte aus Urlaubern oder noch nicht aus dem Heer entlassenen Soldaten. Aus Sicht der Militärbehörden galten sie später oft als „wilde“ Soldatenräte, die sich an Bergbauorten wie in (Lü-

⁷ Zusammenfassend nach REININGHAUS (wie Anm. 1), S. 43–55; Ulrich KLUGE, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975.

nen-)Brambauer fast nur aus Bergleuten zusammensetzten. Außerhalb der Städte bildeten sich drittens Soldatenräte in großen militärischen Einrichtungen, zum Beispiel im Sennelager oder im Munitionsdepot Hembergen nördlich von Münster. Auch Soldatenräte bei Kriegsgefangenlagern sind zu nennen. Der Soldatenrat des Sennelagers wirkte vor allem am 8./9. November heftig auf die Stadt Paderborn ein. Bis weit in das Umland verbreiteten die „Roten Gardisten“ aus Sennelager Angst und Schrecken. Als eine vierte Variante müssen Soldatenräte an Standorten mit großen Lazaretten wie in Bad Driburg Erwähnung finden. Ursprünglich wählten die Lazarettinsassen hier einen Soldatenrat, bevor wegen zurückkehrender Truppen eine Neuwahl stattfand.

Das Aufgabenspektrum der lokalen Soldatenräte konzentrierte sich rasch auf die Sicherung der Infrastruktur und der Lebensmittelversorgung, kurz auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die Freilassung von Gefangenen hatte vielerorts am 8. November zwar den Auftakt gebildet, doch in den folgenden Wochen übernahmen die Soldatenräte die Aufgaben von Sicherheitswehren. Sie standen als solche den Arbeiterräten zur Verfügung, mit denen sie in der Regel am 10. November oder bald danach fusionierten. An den einzelnen Orten wurde die erst am 18. November 1918 aus Berlin kommende Anweisung unterlaufen, die eine völlige Trennung von Soldaten- und Arbeiterräten vorsah. Damit war jedoch auf mittlere Frist ein Konflikt zwischen den Räten einerseits und den Militärbehörden andererseits vorprogrammiert. Das für den größeren Teil Westfalens und das Ruhrgebiet zuständige Generalkommando des VII. Armeekorps in Münster versuchte bereits am 13./14. November, die Soldatenräte auf Linie zu bringen⁸. Dies ist wörtlich zu verstehen. In Stablinienform sollten die Soldatenräte zunächst von unten nach oben über die Zwischeninstanz der Bezirkssoldatenräte zusammengefasst werden. Vertreter der Bezirkssoldatenräte bildeten dann den Generalsoldatenrat beim VII. Armeekorps. Ihm wäre theoretisch die Aufgabe zugekommen, das Militär zu kontrollieren und damit den Erfolg der Revolution auf Dauer zu sichern. An dieser Aufgabe ist der Generalsoldatenrat gescheitert. Seine Mitglieder radikalisierten sich unter dem Einfluss der Räte des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes und bewegten sich nach der Jahreswende 1918/19 in Richtung USPD und KPD. Der Generalsoldatenrat weigerte sich am 6. Januar, Befehle auszuüben, die ihm gegen die Revolution gerichtet schienen. Dies wurde als Meuterei ausgelegt. Es gelang dem Mehrheitssozialdemokraten Max König aus Dortmund zwar noch einmal, zwischen Militär und Rat zu schlichten, doch nutzte der kommandierende General Watter die erstbeste Gelegenheit, um am 9. Februar den Generalsoldatenrat wegen Hochverrats verhaften zu lassen. Oskar von Watter (1861–1939) war im Übrigen ein gebürtiger Württemberger. Aus Solidarität riefen die Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrgebiets am 14. Februar zum Generalstreik auf, den 200 000

⁸ Ulrich KLUGE, Der Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, hg. von Reinhard RÜRUP, Wuppertal 1975, S. 315–398.

Bergarbeiter befolgten. Watter nutzte die Gelegenheit, um die Spartakisten im Revier durch Freikorps bekämpfen zu lassen. Im Ruhrgebiet herrschte deswegen Bürgerkrieg. Die Organisation der Soldatenräte wurde trotz gelegentlicher Proteste bis Mai 1919 rückabgewickelt und aufgelöst. Watter besaß dabei die volle Unterstützung von Gustav Noske und der Mehrheits-SPD. Als Folge der Auflösung strichen im Frühjahr 1919 die meisten Arbeiter- und Soldatenräte in ihrem Briefkopf das Wort „Soldaten“. Die militärische Sicherung der Revolution und ihrer Ergebnisse war den Soldatenräten entglitten.

Die Arbeiterräte

Bei der Entstehung und Weiterentwicklung der Arbeiterräte muss in Westfalen wie in anderen Regionen Deutschlands⁹ nach kommunalen Größenordnungen und ökonomisch-sozialen Strukturen unterschieden werden. In industriell geprägten Großstädten konstituierten sich Arbeiterräte am 8./9. November bald, also in der Regel nur wenige Stunden nach den Soldatenräten. Der Zusammenschluss beider Räte geschah am 9. oder 10. November. Am Sonntag, dem 10. November, erschienen zwar meistens keine Zeitungen, doch wurde die Bevölkerung durch Plakate oder über die fast überall stattfindenden Kundgebungen informiert. Die Kundgebungen klärten über den politischen Wandel in Berlin und in der jeweiligen Stadt auf. Zu beachten ist, dass zwischen Berlin und der Provinz der Nachrichtenverkehr stockte. Oft kursierten nur Gerüchte. Ausführlichere Details des Übergangs vom Kaiserreich zur Republik konnten erst am 11. November den Zeitungen entnommen werden, als die Arbeiter- und Soldatenräte bereits ihre Arbeit aufgenommen hatten. In den vielen kleineren und mittleren Städten sowie in den Amtsbezirken Westfalens zog sich die Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten noch länger hin. Häufig ging von den größeren Städten die Initiative zur Gründung von Räten in ihrem Umland aus. In einzelnen Teilen Westfalen dauerte es bis Ende November, ehe lokale Organisationen entstanden.

Dies verweist auf eine wichtige Bedingung der Rätegeschichte: Sie hing ab von der lokalen politischen Situation. Dort, wo die SPD schon vor dem Krieg Gewicht und Einfluss besaß – abzulesen wegen des Dreiklassenwahlrechts nicht in Gemeindevahlen, sondern in Reichstagswahlen –, da etablierten sich Arbeiterräte schnell und vergleichsweise unkompliziert. Kompliziert wurden die Verhältnisse durch die Abspaltung der Unabhängigen 1917. In Dortmund, der größten Stadt Westfalens, dominierte die SPD den Arbeiterrat, obwohl formal die USPD eingebunden war. In Gelsenkirchen lag die Leitung des Arbeiterrats bei je einem Vertreter der

⁹ Eberhard KOLB, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*, Düsseldorf 1962, S. 83–99; eine erweiterte Ausgabe erschien 1978. Die lokalen und regionalen Bedingungen arbeitet vorbildlich heraus: Martin MÜLLER-AENIS, *Sozialdemokratie und Rätebewegung in der Provinz. Schwaben und Mittelfranken in der bayerischen Revolution 1918–1919*, München 1986.

SPD und der USPD. In Hagen, wo die Sozialdemokraten 1917 wie im übrigen bergisch-märkischen Industriegebiet komplett zur USPD abwanderten, besetzten die Unabhängigen alleine den Arbeiterrat. Im nördlichen Ruhrgebiet musste die SPD andere Parteien mit ins Boot holen. In Bottrop gehörten dem Rat neben einer SPD-Mehrheit Vertreter der zentrumsnahen christlichen Gewerkschaft, der USPD und der Polen an. In Recklinghausen standen dem Arbeiterrat anfangs die Parteisekretäre der SPD sowie des Zentrums vor. Dort, wo das Zentrum stark und die SPD schwach war, besaßen die Arbeiterräte keine Gestaltungsmöglichkeiten. In der Provinzialhauptstadt Münster wirkte beispielsweise die christliche Gewerkschaft anfangs im Arbeiterrat mit, verließ ihn aber schnell wieder. Damit stand der Arbeiterrat in krasser Opposition zum katholischen Bürgertum und musste die Entmachtung des Generalsoldatenrats im Februar 1919 beinahe kampflos geschehen lassen. In Paderborn funktionierte das Zentrum noch im November 1919 den Arbeiterrat in einen Volksrat um, der sich nach ständischen Politikvorstellungen ausrichtete. Diesem Modell folgten weite Teile des katholischen Westfalens. Sie konnten sich sogar auf die Bielefelder SPD und Carl Severing berufen, die unter dem Leitbegriff „Volksrat“ die Einbeziehung bürgerlicher Kräfte in die Arbeiterräte praktizierten. Severing bestand nur auf einer Kontrolle des lokalen Geschehens durch die SPD, meinte aber, die Probleme der Übergangszeit von der Kriegszur Friedenswirtschaft nicht ohne das Bürgertum bewältigen zu können. Das Bielefelder und das Paderborner Modell standen im Osten und Süden Westfalens zur Auswahl. Nur dort, wo es sozialdemokratische Arbeiter in nennenswerter Zahl gab, setzte sich das Bielefelder Modell durch. Im kölnischen, das heißt katholischen, Sauerland dominierten das Zentrum bzw. die christlichen Gewerkschaften in den Volksräten bzw. Arbeiter- und Soldatenräten. In Neheim-Hüsten (heute Stadt Arnsberg) gelang es dem Christlichen Metallarbeiter-Verband sogar, die SPD komplett aus dem Arbeiterrat fernzuhalten. Zwei Sonderfälle sollen nicht unterschlagen werden. Ländliche Gebiete von Minden-Ravensberg vermieden das Wort „Arbeiterrat“, sondern nannten sie „Beiräte“, um zu demonstrieren, dass hier die hoheitliche Gewalt durch die Revolution nicht gewechselt hatte. Siegen bedeutete einen anderen Sonderfall. Die liberalen Hirsch-Duncker-Gewerkschaften waren so stark, dass sie den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats stellten.

Die Arbeiter- und Soldatenräte hatten nach dem 8. November ein gewaltiges Aufgabenpaket zu bewältigen. Richtlinien für das, was sie zu tun hatten, gab es aus Berlin erst nach dem 23. November. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich längst lokal, spontan und meistens improvisiert ein Kanon von Aufgaben und Zuständigkeiten herausgebildet. In der Regel verteilten die Räte die Aufgaben auf mehrere Kommissionen in Anlehnung an bestehende Verwaltungsstrukturen. Vielerorts waren die späteren Mitglieder von Arbeiter- und Soldatenräten schon während des Kriegs in städtischen Gremien gewesen, zum Beispiel in Preisprüfungsstellen. Ein zentraler Aufgabenbereich war die Demobilmachung des Heeres und die Suche nach Arbeitsplätzen für die zurückkehrenden Soldaten. Die Räte legten Arbeitsnachweise an. Zur Fürsorge für die Soldaten muss der Einsatz für die Kriegsversehrten ge-

rechnet werden. Während die Re-Integration der Soldaten vergleichsweise glatt ablief, gab es Probleme bei der Lebensmittelversorgung. Sie stand im Zeichen der Handelsblockade der Briten. Vor allem im Ruhrgebiet gab es Engpässe. Akten und Zeitungen sind voll von Fällen, in denen Arbeiter- und Soldatenräte Hamsterfahrten ins Umland organisierten oder Binnenschiffe und Eisenbahnwaggons mit Lebensmitteln beschlagnahmten oder hortende Unternehmer bloßstellten. Die Grenzen zu kriminellen Handlungen wurden fließend überschritten und sorgten immer wieder für örtlichen Zündstoff.

Will man Eberhard Kolb folgen, dann verlief in Preußen der Aufbau der Räteorganisation von unten her „höchst wirksam [...] durch [...] eine gestufte Organisation der A[rbeiter]r[äte] [...], die den verschiedenen Verwaltungsebenen parallelgeschaltet war und aktive nutzbringende Arbeit leisten konnte“¹⁰. Für die Provinz Westfalen stimmt Kolbs Befund nicht, wie ein Blick auf die drei Regierungsbezirke zeigt. Im Regierungsbezirk Minden bestand kein Bezirksarbeiterrat. Der Bielefelder Volksrat lud federführend im Dezember 1918 und September 1919 zu den Wahlen für den ersten und zweiten Rätekongress ein. Damit hatte es formal sein Bewenden, doch waren Severing und seine Bielefelder Mitstreiter vom November bis zu den Wahlversammlungen im Januar ununterbrochen in ihrem Bezirk unterwegs, um in Vorträgen über die neue politische Situation aufzuklären. Freilich war der Aktionsradius begrenzt. Dort, wo das Zentrum und das katholische Bürgertum dominierten, erschienen die Bielefelder nicht. Im Regierungsbezirk Arnsberg ergriff der Arbeiter- und Soldatenrat Dortmund rasch die Initiative. Er lud bereits für den 13. November 1918 zu einer Besprechung der Räte im Bezirk ein. Ihr folgten zwei weitere Dortmunder Rätekonferenzen am 30. November 1918 und am 13. Dezember 1918. Auf diesen Konferenzen war Max König die herausragende Persönlichkeit. Er vermittelte allen die Botschaft: Die Arbeiter- und Soldatenräte sind *Einrichtungen der revolutionären Sozialdemokratie, deren Grundanschauungen durch sie vertreten werden*¹¹. Dortmund war Sitz des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, der in Wahlbezirksvereinen organisiert war. Unangefochten war der von Dortmund aus gesteuerte „Zentralarbeiterrat“ des Bezirks Arnsberg aber nicht. Die USPD-geführten Arbeiterräte der Kreise Hagen, Schwelm und Hattingen entzogen sich seinem Durchgriff ebenso wie das zentrumsnahe katholische Sauerland.

Für den Regierungsbezirk Münster firmierte zwar spät, im März 1919, ein „Zentralrat“, doch ist er nie in irgendeiner Form legitimiert worden. Der Dortmunder Arbeiter- und Soldatenrat usurpierte diese Funktion, ohne jemals durch eine Versammlung der Räte im Regierungsbezirk dazu bevollmächtigt worden zu sein. König leitete sie offenbar aus der führenden Rolle der Dortmunder Sozialdemokratie im Parteibezirk Westliches Westfalen ab, der den Regierungsbezirk Münster ein-

¹⁰ KOLB (wie Anm. 9), S. 108; zu Westfalen ebd., S. 109f.

¹¹ Bocholter Volksblatt vom 16.11.1918 (Bericht der Delegierten Heeke und Miekus im Arbeiter- und Soldatenrat Bocholt am 15.11.1918 über die Sitzung die Sitzung in Dortmund zwei Tage vorher).

schloss. Der tatsächliche Einfluss von Dortmund endete nördlich der Bergarbeiterdörfer der Lippe-Zone. Etwas den Dortmunder Konferenzen annähernd Vergleichbares konnte König nicht bewerkstelligen. Er bemühte sich deshalb in Münster auch vergeblich, Einfluss auf das Generalkommando auszuüben.

Zur Unvollständigkeit der Räteorganisation im Flächenland Westfalen gehört der schleppende Zusammenschluss in den Landkreisen. Es dauerte manchmal bis in das Jahr 1919 hinein, ehe Räte auf Kreisebene zusammentraten. Zwar war die Dortmunder SPD besonders schnell und hatte bereits am 10. November „ihren“ Arbeiter- und Soldatenrat auf den Reichstagswahlkreis mit dem Stadtkreis Dortmund und den Landkreisen Hörde und Dortmund zugeschnitten, doch setzte sie sich mit dieser Strategie, die das Umland verbindlich in die Räteorganisation einbezog, weder im Ruhrgebiet noch im übrigen Westfalen durch. Falls Kreisräte bestanden, dienten sie der Abstimmung der Aktivitäten auf lokaler Ebene. Im Ruhrgebiet litt die überörtliche Abstimmung unter dem Gegensatz zwischen SPD und USPD, deren linker Flügel sich Anfang 1919 zur KPD verselbständigte.

Die Macht der Räte erreichte Mitte Dezember 1918 ihren Höhepunkt, also noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung und zum verfassungsgebenden preußischen Landtag am 19. und 26. Januar 1919. Diese beiden Wahlen sowie die für den März angesetzten Kommunalwahlen in Preußen sollten nach den Vorstellungen der Mehrheitssozialdemokraten das Provisorium der Arbeiter- und Soldatenräte beenden. Tatsächlich trat diese Entwicklung bis zum Sommer 1919 ein, sie wurde jedoch überlagert von Streiks im Ruhrbergbau¹². Seit Weihnachten 1918 wuchs unübersehbar die Unzufriedenheit der Bergleute. Immer wieder brachen Streiks aus. Als eine Art Ventil ließ der Arbeiter- und Soldatenrat in Essen die Zentrale der Bergbauunternehmer besetzen und verlangte, mit der Sozialisierung des Bergbaus endlich ernst zu machen. Das Essener Modell zur Sozialisierung setzte auf ein Rätssystem, das von den einzelnen Zechen ausging. Zur Vorbereitung der Sozialisierung wurde eine Neunerkommission eingesetzt, die paritätisch mit Vertretern der SPD, USPD und KPD besetzt wurde. Eine Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrgebiets segnete dieses Verfahren ab nach dem Motto „Rätssystem ist besser als Streik“. Die Hinhaltetaktik der Reichsregierung bei der angestrebten Sozialisierung führte zur Eskalation, denn die Erwartungen der Bergleute waren hoch. Am 6. Februar drohten die versammelten Arbeiter- und Soldatenräte, einen Generalstreik gegen die Reichsregierung auszurufen, falls die Sozialisierung nicht in Gang komme. Die Verhaftung des Generalsoldatenrats und das blutige Vorgehen der Freikorps ließ die Situation weiter eskalieren. Linke USPD-Leute und Spartakisten riefen am 16. Februar den Generalstreik aus, den aber die SPD und die Gewerkschaften nicht mittrugen. Jetzt kam es überall im Ruhrgebiet zu bewaffneten Versuchen der Spartakisten, die Herrschaft in den Kommunen an sich zu rei-

¹² Zur Entwicklung im Ruhrgebiet vgl. Jürgen TAMPKE, *The Ruhr and the Revolution. The Revolutionary Movement in the Rhenish-Westphalian Industrial Region 1912–1919*, London 1979.

ßen. Sie benutzten dazu als Vehikel die Arbeiter- und Soldatenräte, die sie mit ihren Mitgliedern neu besetzten. Mit Hilfe der Freikorps wurden die Spartakisten nach kurzer Zeit wieder vertrieben. Ihre drei Tage dauernde Herrschaft und die Gegengewalt der Freikorps hinterließen zum Beispiel in Bottrop traumatische Erinnerungen. Die Konsequenzen der Ereignisse im Februar waren nachhaltig. Politisch gingen sie zu Lasten der SPD, die bei den Kommunalwahlen im März 1919 in den großen Städten keine Mehrheit erreichte. Bei den Bergleuten wuchs der Unmut und führte ab Ende März zu einem zweiten Generalstreik, an dem 85 % der Belegschaften teilnahmen. Diesmal ging es um den sechsstündigen Arbeitstag. Erst durch Staatskommissar Severing und die Ausrufung des Notstands gelang es vorübergehend, das Ruhrgebiet zu befrieden. Severing, die revisionistische SPD und die etablierten Spitzen der Kommunalverwaltungen schränkten die Räte in ihrer Wirkungsmöglichkeit zunehmend ein. Ihre Argumente waren die vorangegangenen Wahlen sowie die angeblich hohen Kosten für die Arbeiterräte. Eine Konferenz der Oberbürgermeister im Ruhrgebiet im Juni 1919 überließ es den einzelnen Städten, wie sie mit den Arbeiterräten umgehen sollten. Theoretisch wäre es möglich gewesen, ihnen neben den gewählten Gemeindevertretungen Arbeitsgebiete zu überlassen. Doch die meisten Gemeinden lehnten diese Möglichkeit ab und lösten die Arbeiterräte im Sommer auf. Politische Fürsprecher fanden die Arbeiterräte nur bei der USPD. Nur dort, wo die Unabhängigen auf kommunaler Ebene stark waren wie in Lüdenscheld oder Bochum-Langendreer, bestanden die Räte bis in das Frühjahr 1920 fort.

Bauern- und Landarbeiterräte

Die Forschung hat diesen Typus der Rätebewegung außerhalb Bayerns bisher kaum behandelt¹³. Die ersten Bauernräte in Westfalen verdanken ihre Entstehung unmittelbar den Versorgungsengpässen der Revolutionszeit. Am 12. November rief in Berlin der Rat der Volksbeauftragten die Landwirtschaft zur Zusammenarbeit mit den Arbeiter- und Soldatenräten auf, um eine Hungersnot abzuwenden. Die Landwirtschaftskammer in Münster und andere westfälische Landwirtschaftsorganisationen übernahmen am 14. November diesen Appell und befürworteten die Gründung von Bauernräten. Als freiwillige Gründungen sollten sie die Landwirtschaft schützen und die Ernährung der Bevölkerung sichern. Diese doppelte Funktion ließ sich örtlich leicht mit einer Stoßrichtung gegen die neue Regierung auslegen. Die Gründung der Bauernräte im November verlief uneinheitlich und schleppend. Im ländlichen Westfalen gab es häufig „Volksräte“ oder „Volksausschüsse“.

¹³ Heinrich MUTH, Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 1–38; Fiammetta BALESTRACCI, Die „zweite Bauernrätebewegung“ im Deutschen Reich 1919–1920, in: ebd. 54 (2006), S. 583–605.

Ende November trat eine gravierende Veränderung auf Reichsebene ein. Analog zum Stinnes-Legien-Abkommen in der Industrie hatten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Agrarsektors verständigt. Eine ihrer Absprachen sah vor, Bauernräte in paritätische Gremien zu verwandeln, die sich aus Landwirten, landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und Vertretern der nichtlandwirtschaftlichen Berufe zusammensetzen sollten. Aus „Bauernräten“ wurden „Bauern- und Landarbeiterräte“. Diese Vereinbarung wurde regierungsseitig übernommen und zur Norm für die Regional- und Lokalbehörden erhoben. Die Anweisung, flächendeckend die bestehenden Bauernräte umzuwandeln oder unter neuen Vorgaben zu gründen, stieß jedoch auf viele Widerstände. Vor allem die Kreisbauernvereine wehrten sich in Westfalen gegen diese neue Einrichtung. Die nachgewiesene Zahl von mehr als 800 Bauernräten, die Anfang 1919 bestanden, scheint zwar auf den ersten Blick dafür zu sprechen, dass der Widerstand nicht sehr erfolgreich war. Doch der Eindruck täuscht. Viele Räte im ländlichen Raum standen nur auf dem Papier, sie waren zudem beherrscht von den Großbauern der Dörfer, oft Arbeitgeber jener Landarbeiter, die ihnen im Rat formal gleichgestellt waren.

Zu einer ernstzunehmenden Gefahr für die etablierten landwirtschaftlichen Organisationen wurden die Bauernräte, als sie im März 1919 zu einer „Bauernrätebewegung“ avancieren wollten. Eine Analyse ihres Programms verrät die antirevolutionäre Grundhaltung und die Nähe zur Deutsch-Nationalen Volkspartei. Der Agrarpolitiker Karl von Davier aus Gardelegen entdeckte das überregionale Mobilisierungspotential. Davier gewann seinen wichtigsten Mitstreiter in Westfalen. Karl Rasche, Referendar am Oberlandesgericht in Hamm, kam aus dem antibolschewistischen Einsatz im Baltikum und bereitete von Hamm aus die Gründung von Bezirks- und Provinzialbauernräten vor. Sein Aktionismus ließ aufhorchen. Ende Mai 1919 wurde der „Provinzial-Bauern- und Landarbeiterrat“ gegründet. Rasche war sein Geschäftsführer. Der Rat hatte, neben dem Raum Unna/Hamm/Soest, seinen Schwerpunkt in Ostwestfalen durch den Zentralverband der Landarbeiter mit Sitz in Bielefeld. Obwohl DNVP-nah, rief er zu Streiks auf. Die etablierten landwirtschaftlichen Verbände und die Landwirtschaftskammer unternahmen nun gezielte Gegenschläge. Sie mussten keine besonderen Anstrengungen unternehmen, um den Provinzialrat im Herbst 1919 zu Fall zu bringen. Sie brachten die Behörden in Westfalen dazu, den Provinzialrat und seine Gliederungen finanziell auszuhungern. Zum Jahresende 1919 stellten der Provinzialrat und die lokalen Bauernräte faktisch ihre Tätigkeit ein.

Bürgerräte

Bürgerräte sollen als eine Art Nebenprodukt der Arbeiter- und Soldatenräte berücksichtigt werden¹⁴. Diese mussten im November 1918 überlegen, in welcher Weise sie jene Bevölkerungsteile berücksichtigten, die weder Arbeiter noch Soldaten waren. Mehrere Optionen boten sich in der Ausgangslage vom November 1918 an: die vollständige Ausgrenzung des Bürgertums und/oder die (partielle) Einbeziehung. Die Ausgrenzung wäre eine radikale Alternative gewesen und wurde als Gegenmaßnahme wegen der Benachteiligung breiter Schichten im bis 1918 geltenden Dreiklassenwahlrecht punktuell erörtert. Wegen des Reformismus in den Hochburgen der westfälischen SPD, in Dortmund und in Bielefeld, kam jedoch diese Variante im November 1918 nicht zum Zug. In Bielefeld bezog Carl Severing wie schon erwähnt bürgerliche Vertreter in den örtlichen „Volksrat“ ein. In Dortmund erläuterte Ernst Mehlich einem in Gründung befindlichen Bürgerausschuss die Ziele des von ihm geleiteten Arbeiter- und Soldatenrats in einer solchen Form, dass ihm die Dortmunder Bürger Beifall spendeten. Derlei freundliche Akte dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich beide Seiten mit Misstrauen beobachteten. Sowohl auf Seiten der Dortmunder wie der Bielefelder SPD wurde darauf geachtet, dass ihnen das Geschehen nicht entglitt. Auf der Seite des Bürgertums hingegen herrschte deutliches Unbehagen über den Machtverlust. Es erkannte die Taktik der SPD und gründete deshalb eigene Räte oder Ausschüsse, die sich im Laufe des Winters 1918/19 radikalisierten. Dazu trugen die Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen verfassungsgebenden Versammlung im Januar 1919 bei. Im Ruhrgebiet erhöhte sich das Konfliktpotential durch die von gewalttätigen Aktionen begleiteten Streiks im Februar und April 1919. Bürger- und Arbeiterräte begegneten sich spätestens seit Dezember 1918 feindlich. Die Verhaftung und spätere Ermordung des Vorsitzenden des Dorstener Bürgerrats Otto Kohlmann wirkten im Januar und Februar wie ein Brandbeschleuniger.

Im Spektrum der Verhaltensoptionen für das Bürgertum ist bisher eine weitere Variante noch nicht angesprochen worden: die Vereinnahmung der Arbeiter- und Soldatenräte durch das Bürgertum. Der Paderborner Volksrat als Beispiel wurde bereits an anderer Stelle genannt. Eine andere Form wählte der Grevenener Wohlfahrtsausschuss, der den Arbeiter- und Soldatenrat, den Bürgerrat und die Kriegsbeschädigten umfasste und den bedeutendsten Unternehmer am Ort zum Vorsitzenden hatte.

Wie die Beispiele zeigen, waren die Organisationsformen des Bürgertums im Winter 1918/19 von Ort zu Ort verschieden, entsprechend schwach war ihr Zusammenschluss auf regionaler und auf Reichsebene. Ein Reichsbürgerrat konstituierte sich zwar mit westfälischer Beteiligung am 5. Januar 1919 in Berlin, aber ein Landesbürgerrat für Rheinland und Westfalen kam nicht zustande. Der Reichsbürger-

¹⁴ Vgl. allgemein Hans-Joachim BIEBER, *Das Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920*, Hamburg 1992.

rat löste sich im Laufe der 1920er Jahre allmählich auf. Allerdings blieben seine leitenden Ideen im Sinne einer bürgerlichen und antibolschewistischen Sammlungspolitik weiterhin im Umlauf.

Ein Fazit

Ich kehre an den Anfang zurück und frage, ob und wenn ja, warum die Rätebewegung 1918/19 keine Spuren hinterlassen hat. In der allgemeinen Forschung ist die Frage einschließlich der Option eines Dritten Weges schon vielfach diskutiert worden. Aus regionaler und lokaler Perspektive ist zunächst festzuhalten, dass die Arbeiter- und Soldatenräte in dem Moment, als sich das Kaiserreich auflöste, das Chaos organisierten. Aus Sicht der kriegsmüden Menschen hatten überall die alten Eliten abgewirtschaftet und ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt. Es herrschten Hunger und Krankheit, es drohte Arbeitslosigkeit. Die Räte bewältigten diese Krise, so gut sie es konnten. Deshalb kann die Ausgangsfrage eindeutig beantwortet werden: Die Arbeiter- und Soldatenräte waren keine Episode, sondern Stimulatoren eines Aufbruchs zur Demokratie. Für die Bauern- und Bürgerräte gilt dies freilich nicht. Ihre Gründung war gegenrevolutionären Ideen geschuldet, die nach 1919 andere politische Organisationsformen suchten.

Sofern die Arbeiter- und Soldatenräte der SPD nahestanden, versahen sie ihre lokale Herrschaft mit dem Etikett „vorübergehend“, bis zum Zusammentritt einer demokratisch gewählten Nationalversammlung. Diese Zusage hielten die Vertreter der SPD ein, selbst als sie erfahren mussten, dass ihr die Wahlen im Januar keine absolute Mehrheit bescherten. Zu diesem Zeitpunkt war aber bereits viel Vertrauen verspielt worden. Im Ruhrgebiet und darüber hinaus wandten sich viele Arbeiter von der SPD ab und der USPD und der KPD zu. Massive Stimmenverluste bei den Kommunalwahlen im März 1919 waren die Folge. Das veranlasste die Mehrheits-SPD aber erst recht, Räte nur als ein Provisorium und als ein abgeschlossenes Kapitel des Übergangs von der Monarchie zur republikanischen Staatsform anzusehen. Bei der Abschaffung der Räte verband sie sich mit den fast unverändert im Amt gebliebenen alten Verwaltungseliten, zumal sie in den meisten Gemeindeparlamenten keine Mehrheiten besaß. Der Blick auf die kommunale Ebene wäre unvollständig, wenn wir nicht ein Ergebnis der kurzen Räteherrschaft berücksichtigten. Als das in der organisierten Arbeiterschaft verhasste Dreiklassenwahlrecht fiel, trat eine neue Generation von Politikern hervor.

Die Kommunalpolitik der Weimarer Zeit und damit die Folgen von 1918/19 (bis in die frühe Bundesrepublik) genauer zu untersuchen, ist eine wichtige Aufgabe der Landeszeitgeschichte – wohl nicht nur in Westfalen. Denn es ist eine bleibende Herausforderung, die Revolution 1918/19 und die Weimarer Republik nicht nur von ihrem Ende 1933, sondern von ihrem Anfang her zu bewerten.